

Der Ordnungspolitische Kommentar

Nr. 07/2011

05. Juli 2011

Zur Schuldenkrise in Europa

Hans Willgerodt

Unsere Bundesregierung bewegt sich auf vielen Gebieten mehr pragmatisch als strategisch. Das gilt vor allem für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, bei der wechselhaftes tägliches Geschäft meist über zuverlässige Grundsätze dominiert. Der beherrschende Bundesfinanzminister ist ein Jurist, der schon bei der deutschen Wiedervereinigung in einigen strategischen Fragen versagt hat. Er ersetzt durch Fleiß, was ihm an ökonomischen Kenntnissen fehlt. Einen Wirtschaftsminister vom Range Erhards oder Karl Schillers gibt es nicht mehr. Die regierende Dame hat bisher nicht erkennen lassen, dass sie Kenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiet anzuwenden versteht, sondern beurteilt alle ihr auf den Schreibtisch oder durch das Telefon kommenden Vorgänge nach der Möglichkeit, sie mit irgendeiner schnellen und kurzlebigen „Lösung“ zu erledigen, wobei die publizistisch und demoskopisch nützliche Verwertbarkeit den obersten Rang einnimmt. Als oberste Richtschnur gilt die Rücksichtnahme auf den französischen Staatspräsidenten, dessen charmanter Brutalität deutsche Interessen geopfert werden. Die französische Finanzministerin, deren volkswirtschaftliche Kenntnismängel offenbar in Berlin als besonders sympathisch gelten, soll demnächst aufsteigen. Deutschland kennt keine kluge internationale Personalpolitik mehr.

Vom stabilen zum politischen Geld

Nun ist ein funktionsfähiges wirtschaftliches System auch danach zu beurteilen, wie viele Fehler und einfachen Unsinn es verträgt, ohne zusammenzubrechen. Das europäische Finanz- und Geldsystem steht vor einer solchen Probe. Als sich im vorigen Jahrhundert in Europa unter deutscher Führung eine Stabilität von Währung und Finanzen auszubreiten begann, ließ dies vor allem französische Politiker nicht ruhen. Denn stabiles Geld hört auf, politisches Geld zu sein, wie es vor allem französische Regierungseliten gewohnt sind. Neuerdings ergab sich ein Ansatzpunkt für die Abkehr von der Stabilität. Man hat bewusst oder blind einen ökonomisch relativ kleinen Staat, nämlich Griechenland, in das Eurogebiet aufgenommen, ohne zu prüfen, ob es bereit und in der Lage sein wird, die Spielregeln einzuhalten, die wie in jedem Gebiet mit einheitlicher Währung oder festem Wechselkurs von den Teilen des Währungsgebietes ein-

zuhalten sind. Es sind die Regeln, die einst auch für die Teilnehmer an der Goldwährung gegolten haben (vgl. F.A. Lutz, Goldwährung und Wirtschaftsordnung, 1935, wieder abgedruckt in seinem Buch „Geld und Währung“). Gewiss können im Eurogebiet die Einzelmitglieder keine selbständige Inflation hervorrufen. Insoweit ist der Euro vor der Inflationsneigung eines einzelnen Mitglieds zum Teil geschützt. Die Anhänger politischen, das heißt inflationistischen Geldes nutzen deshalb die Finanzpolitik als Umweg, der schließlich doch die Währung der Politik unterwirft. Dazu kann sich der Staat direkt oder versteckt verschulden, solange man ihm zutraut, seine Schulden zu bedienen. Dem Staat wird aber auch dann noch Zahlungsfähigkeit zugetraut, wenn er sich extrem verschuldet. Man meint, der Steuerzahler werde für höhere Staatseinnahmen sorgen, wenn die bisherigen nicht ausreichen. Griechenland hat ferner geglaubt, die rechtlich unzulässige fiskalische Transfergemeinschaft innerhalb des Eurogebietes werde aushelfen, wenn alle anderen Verschuldungsmöglichkeiten erschöpft sind. Vor allem die deutsche Regierung hat diese Erwartung bestätigt. Dabei haben publizistische Zweckklügen mitgespielt. Weil zum Beispiel Griechenland nicht mehr zahlen wolle oder könne, sei der Euro als Währung in Gefahr. Die Pleite eines ökonomisch wenig bedeutenden Mitglieds im Eurogebiet soll solche Katastrophen auslösen? Hätte man das nicht vorher wissen und keinen unsicheren Kantonisten in die Union aufnehmen sollen?

Falsche und wirkliche Gefahren für den Euro

Aber die zugrunde liegende These ist falsch. Das Geld, das ein unsolider Schuldner ausgegeben hat, ist nicht einfach verschwunden. Der Empfänger kann es ausgeben. Dass Komplexitäten im modernen Banksystem den Vorgang undeutlicher machen, ändert am Grundsätzlichen nichts. Die Notenbank kann Probleme im Zahlungsverkehr mildern. Eine geschickte Bankenpublizistik hat aus der These Kapital geschlagen, solche Probleme gefährdeten den ganzen Zahlungsverkehr und führten zum Zusammenbruch des bestehenden Währungssystems im Euroraum. Wäre das so, dann müssten alle Konkurse ab einer erheblichen Größe vom Steuerzahler aufgefangen werden. Sogenannte „systemrelevante“ Großschuldner würden vom Geschäftsrisiko befreit. Das übrige Volk müsste für jeden Schaden dieser Art aufkommen. Oder nicht? Zur Täuschung über diesen Sachverhalt gibt es ein beliebtes Mittel. Die Notenbank kann ja faule Wertpa-

piertitel ankaufen und so tun, als hätten sie wirklich realen Wert. Möglich ist aber auch, dass sich das Volk diese inflationistische Nothilfe für das Großkapital nicht gefallen lässt und mindestens die Lohnkosten mit dem Preisniveau steigen.

Gläubigerschutz statt echter Hilfe

Große Kreditgeber haben offenbar als Gläubiger Griechenlands zunächst gut verdient und wollen nun unter keinen Umständen das damit verbundene und ihnen bekannte Risiko tragen. Angeblich würde damit das Vertrauen in den europäischen und internationalen Zahlungsverkehr zerstört. Dieses Schreckgespenst hat man erfolgreich auftreten lassen. Wäre es Realität, warum hat man dann nicht das ganze Finanzsystem krisenfester gemacht? Es war anscheinend viel bequemer, Staat und Steuerzahler als Ersatz für Eigenkapital und Sorgfalt bei der Bonitätsprüfung von Schuldnern zu benutzen. Big Money hat damit einen weiteren Schritt zur Verstaatlichung des Kredits getan, die das Kommunistische Manifest gefordert hat. Jedenfalls sorgen in Europa Politiker mit guten Verbindungen zum Banksystem dafür, dass die Risiken unsolider Kredite an den Staat und den Steuerzahler weitergeschoben werden. Die angeblichen „Helfer“ wissen aber mit andauernder Krise immer genauer, dass zum Beispiel Griechenland weder bereit noch in der Lage ist, seine bisherigen Schulden zu bedienen. Die angeblichen „Hilfen“ für Griechenland verfolgen in erster Linie das Ziel, die leichtfertigen Gläubiger Griechenlands auf Kosten europäischer Steuerzahler vor Verlusten zu bewahren, die sie mit hervorgerufen haben. Denn in jedem Bankrott müssten sie ihre Forderungen auf die tatsächliche Zahlungsfähigkeit Griechenlands zurücknehmen. Dagegen wehren sie sich mit Händen und Füßen. Dass dies alles auch eine Frage der Quantitäten ist, wird nicht geprüft. Es soll überhaupt niemals eine Beteiligung der Staatsgläubiger an der Beseitigung des von ihnen mit verursachten Schadens geben, obwohl man später an zweifelhaft gewordenen Staatskrediten zuvor gut verdient hat. Wie man eine „freiwillige“ Beteiligung privater Gläubiger erreichen will, steht in den Sternen. Warum gilt der in Wirklichkeit geplante Haftungsausschluss für Gläubiger nicht auch für Konkurse von privaten Schuldnern? Oder sollen auch dabei die Privatgläubiger eine staatliche Bestandsgarantie erhalten? Für Kleinsparer werden ja solche Garantieren schon versprochen. In privaten Vergleichsverfahren kann ein besserer guter Wille bestehen, verlorene Kreditwürdigkeit zurück zu gewinnen, während Staatsschulden selten oder nie durch spätere Solidität untermauert werden.

Schuldenspiralen statt echter Lösung

Der deutschen Politik fällt dazu nichts anderes ein, als abermals neue Fonds zu gründen, mit denen Griechenland nicht wirklich real geholfen wird, wohl aber seinen privaten Gläubigern, und auch das nur vorübergehend bis zur nächsten Krise, die umso eher kommt und umso größer sein muss, je mehr man jetzt frische Kredite gewährt. Die deutsche Politik läuft darauf hinaus, sich selbstmörderisch von Periode zu Periode weiter im angeblichen Interesse Griechenlands stärker zu verschulden, um dann diese Kredite an den griechischen Staat weiterzuleiten, damit er seine Altschulden bedienen kann. Die deutsche Regierung könnte jedoch eine so große Verschuldungskrise Deutschlands entstehen lassen, dass in Zusammenarbeit mit ähnlichen Euroländern als letztes Mittel die schon weit fortgeschrittene Vergewaltigung der Europäischen Zentralbank vollendet wird. Durch Inflation haben sich schon viele Staaten entschuldet, Deutschland zweimal im 20. Jahrhundert.

Griechenland: Wege aus dem Bankrott

Was aber ist von Griechenland zu erwarten? Alle Welt weiß inzwischen, dass der griechische Staat bankrott ist. Ein offizieller Staatsbankrott Griechenlands hätte vom griechischen Standpunkt aus den Vorteil, die bisher geschonten Gläubiger wie bei jedem privaten Konkurs heranzuziehen und die griechische Staatsschuld entsprechend zu vermindern. Macht dieser Schritt zur Vernunft Griechenland kreditunwürdig? Am Anfang ist das wahrscheinlich. Um dies zu überbrücken, sind die bisher so großzügigen irrationalen Hilfsfonds durchaus nützlich. Griechenland hätte die Chance, durch eine radikal solide neue Finanzpolitik wieder kreditwürdig zu werden. Sind die ausländischen Gläubiger des griechischen Staates gut beraten, könnten sie versuchen, produktionsfördernde Auflagen für die griechische Wirtschaft durchzusetzen, um die griechische Zahlungsfähigkeit zu verbessern. Seit wann hilft man einem überschuldeten Land damit, dass man ihm weitere Kredite zu Gunsten seiner Altgläubiger aufdrängt und damit seine Verschuldung weiter erhöht? Je nach den Möglichkeiten könnten stattdessen durch ausländisches Kapital private Investitionen finanziert werden, anstatt sofort an ausländische Gläubiger weitergeleitet zu werden. Das deutsche Verfahren, gutes Geld dem verlorenen in ständig steigendem Umfang nachzuwerfen, würde beendet.

9497 Zeichen

Dieser Ordnungspolitische Kommentar reflektiert die Meinung des Autors, nicht notwendigerweise die des Instituts für Wirtschaftspolitik oder des Otto-Wolff-Instituts für Wirtschaftsordnung. Der Inhalt kann vollständig oder auszugsweise bei Erwähnung des Autors zu Publikationszwecken verwendet werden. Für weitere Informationen und Rückfragen zum Inhalt wenden Sie sich bitte direkt an den Autor.

Prof. Dr. Hans Willgerodt ist emeritierter Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität zu Köln und war von 1963 bis 1989 Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik. Kontakt: E-Mail: iwp@wiso.uni-koeln.de.